

# THEMA IM LANDTAG

## Niedersachsen bleibt Kanzlerland Sensationeller Erfolg für SPD in Niedersachsen

Während auf Bundesebene noch kräftig darüber gestritten wird, wer denn nun der »wirkliche« Sieger der Bundestagswahl ist, sind die Verhältnisse in Niedersachsen klar: Die SPD ist mit fast 10 Prozent Abstand gegenüber der CDU die stärkste Partei zwischen Nordsee und Harz. 25 von 29 Wahlkreisen wurden von den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD gewonnen.

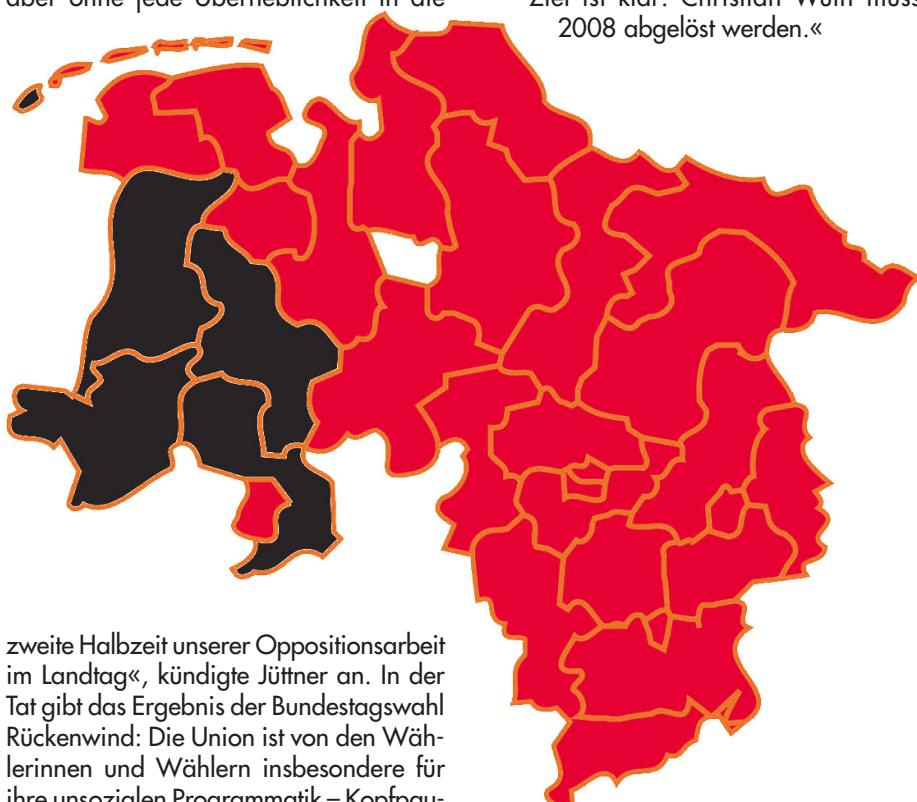
»Wir haben einen unglaublich engagierten Wahlkampf geführt und uns von dem Gegenwind nicht entmutigen lassen«, sagte der niedersächsische Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner. »Ich bin schon ein bisschen stolz darauf, dass die Niedersachsen einen entscheidenden Beitrag zum guten Abschneiden der SPD auf Bundesebene geleistet haben.«

So erfreulich das niedersächsische Wahlergebnis für die SPD ist – so bitter ist es für die CDU. Christian Wulff hat einmal mehr eine Wahl gegen Gerhard Schröder verloren, der selbsternannte Hoffnungsträger und seine »bürgerliche Mehrheit« mussten eine schwere Schlappe einstecken.

»Wir gehen mit großem Selbstvertrauen aber ohne jede Überheblichkeit in die

schale, Merkelsteuer, Kirchhof-Modell – abgestraft worden. Und auch in Niedersachsen wächst der Widerstand gegen die soziale Brutalität der CDU/FDP-Landesregierung unter Führung von Christian Wulff: Abschaffung des Blindengeldes und der Lernmittelfreiheit, Privatisierung der Landeskrankenhäuser, massive Kürzungen bei Behinderten und sozial Schwachen.

»Die Bundestagswahl hat gezeigt: Die Menschen wollen keinen Nachtwächterstaat à la Westerwelle. Sie wollen einen starken, handlungsfähigen Staat, der Chancengleichheit gewährleistet und die soziale Balance sichert«, so Jüttner. »Dafür steht nur die SPD. In den kommenden Monaten müssen wir den Schwung aus der Bundestagswahl nutzen. Unser Ziel ist klar: Christian Wulff muss 2008 abgelöst werden.«



zweite Halbzeit unserer Oppositionsarbeit im Landtag«, kündigte Jüttner an. In der Tat gibt das Ergebnis der Bundestagswahl Rückenwind: Die Union ist von den Wählerinnen und Wählern insbesondere für ihre unsozialen Programmatik – Kopfpau-

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner

die SPD ist wieder die mit Abstand stärkste politische Kraft in Niedersachsen. Bei der Bundestagswahl liegen wir fast 10 Prozent vor der CDU, sensationelle 25 von 29 Wahlkreisen haben unsere Kandidatinnen und Kandidaten gewonnen. Das ist ein grandioser Sieg für Gerhard Schröder und alle, die mit ihm einen unglaublich engagierten Wahlkampf geführt haben – und eine bittere Pille für Christian Wulff.

Der 18. September 2005 ist der Anfang vom Ende der »Erfolgsgeschichte«, die uns CDU und FDP über die Arbeit des Rechtsanwalts aus Osnabrück erzählen wollen. Die SPD hat im Heimatland des vorgeblich populärsten deutschen Politikers das beste Ergebnis aller Bundesländer erreicht. Die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen haben für Gerhard Schröder gestimmt. Aber sie haben zugleich auch Ministerpräsident Wulff und seine Regierung abgestraft.

Das sind beste Voraussetzungen für die Oppositorienarbeit im Landtag in den kommenden zweieinhalb Jahren. Das Ergebnis vom 18. September ist aber auch eine Steilvorlage für die Kommunalwahl im kommenden Jahr.

Euer

## Halbzeitbilanz im »Besser-Land« der CDU

Als Christian Wulff und die CDU vor zweieinhalb Jahren die Regierung übernahmen, sollte alles besser werden. – »Besser« lautete das Wahlkampfmotto der CDU. Nun feiert die Landesregierung ihr Bergfest, für die SPD-Fraktion der Anlass für Fragen zur Halbzeitbilanz. Ist es besser geworden ...

- für die Kinder, denen Kultusminister Busemann ein Schulsystem verordnet hat, in dem es Durchlässigkeit nur von oben nach unten gibt – denen die Hausaufgabenhilfe, der Förderunterricht und Lehrer für die Ganztagschulen gestrichen wurde – oder für die Eltern, denen die Lernmittelfreiheit verloren ging?
- für die arbeitslosen Jugendlichen, deren Anzahl wieder steigt, seit die CDU/FDP regiert und Herr Hirche im Wirtschaftsministerium sitzt?
- für die Polizisten und Feuerwehrleute, die uns schützen sollen, denen Minister Schünemann aber das komplette Weihnachts- und Urlaubsgeld streicht und die Lebensorbeitszeit verlängern will?
- für Studentinnen und Studenten, denen die Regierung versprochen hat die Verwaltungsgebühren abzuschaffen, die aber jetzt nach den Kürzungen im Hochschuletat unter schlechteren Bedingungen, dafür aber mit den von Minister Stratmann verordneten Studiengebühren studieren müssen?
- für die Menschen in Alten- und Pflegeheimen, denen die bewohnerbezogenen Aufwendungszuschüsse gestrichen wurden, die zu Sozialhilfeempfängern degradiert wurden und denen zugemutet wird, ihre letzten Tage mit einem Wildfremden im Zweibettzimmer zu verbringen?
- für die Menschen in Gorleben und Salzgitter, deren Heimat Herr Sander

zum Atomklo für halb Europa umbauen will?

- oder für die Blinden, die sich nicht wehren können gegen die schneidende Unbarmherzigkeit einer immer freundlich lächelnden aber unbarmherzigen Frau von der Leyen?

teressengruppen und für die Grundstücks- und Aktienspekulanten.

Die Landesregierung geht nur gegen die Schwachen vor – gegen Blinde, Kinder und ältere Menschen. Sie und begründet dies mit der Finanznot des Landes. Eine Sanierung ist zwar notwendig, sie wäre aber auch ohne Einschnitte in das soziale Netz möglich, wenn die CDU durch den Subventionsabbau mehr Spielräume für den Schuldenabbau schaffen würde. Im Bundesrat hat sie dies aber gemeinsam mit anderen CDU-Ländern immer verhindert. Allein im Jahr 2005 gingen Niedersachsen dabei 99 Mio. Euro verloren. Christian Wulff und sein Finanzminister Möllring jedoch spielen sich als die größten Haushaltssanierer aller Zeiten auf. Das ist unehrlich.

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

### Wulffs Halbzeitbilanz: Innenpolitik mit Rambo Schünemann

Die Bruchlandungen des Innenministers häufen sich. Der Industriekaufmann, der sich gerne als »Law-and-Order-Mann« gibt, macht zunehmend eine schreckliche Figur. Alle seine wichtigen Projekte »fliepten« bisher. Der Versuch der CDU-Regierung, sich als Anwalt für Bürokratieabbau und innere Sicherheit zu profilieren, scheitert.

- Die Auflösung der Bezirksregierungen hat trotz Rechtkünsten und Verschleierungstricks gegenüber der Öffentlichkeit nicht zu den angekündigten großen Personaleinsparungen geführt. Die an Stelle der Bezirksregierungen eingesetzten Regierungsbüros haben wenig Erfahrungen und wenig Kompetenzen. Viele Antragsteller müssen deshalb jetzt mit der Landesregierung im fernen Hannover verhandeln.
- Die Kommunen werden in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. 150 Millionen Euro werden im kommunalen Finanzausgleich gestrichen. Für viele neu übertragenen Aufgaben bekommen sie bis heute keine Kostenersättigung.
- Gründungs geschafft ist auch der Versuch Schünemanns, sich als Anwalt für die innere Sicherheit zu profilieren. Das Gesetzesentwurf hat die präventive Telefonüberwachung auch von Personen, bei denen es keinen konkreten Verdacht gibt, als Einschränkung der Freiheitsrechte mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.
- Die als Erleichterung für die Polizeiarbeit verkündete Einführung besserer Funkausrüstungen müssen die Polizisten »selbst bezahlen«. Dafür wird demnächst ihre Lebensarbeitszeit verlängert.

Dies ist die traurige Bilanz des Scheiterns einer alzu selbstsicheren Politik, die viel versprochen hat und wenig hält. Gebrochen wurde übrigens auch das Versprechen gegenüber den Sportverbänden, dort nicht zu kürzen. Für die Sportförderung steht jetzt weniger Geld zur Verfügung als 2003 (27%).

### Niedersachsen braucht Perspektiven

Die SPD-Landtagsfraktion hat immer vor einem völligen Verzicht auf die Bezirksregierungen gewarnt und auf eine schlankere und erneuerte Behörde gesetzt. Ziel war es, sie zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen und Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Die Landesregierung war aber unlesbar. Ähnlich unbeliebt war sie bei der Einführung der präventiven Telefonüberwachung. Die SPD steht für Sicherheit der Menschen gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus. Dies ist aber mit den schon bestehenden Gesetzen möglich. Eine Einschränkung der Freiheitsrechte und eine Bespitzelung zufällig ins Visier geraten der Menschen ist dafür unnötig.

Wir haben auch vorgeschlagen, unnötige Subventionen abzuschaffen und damit die Kommunen finanziell besser auszustatten. Sie brauchen mehr Geld für Investitionen in die Infrastruktur. Auch hier konnten wir die Landesregierung nicht umstimmen.

Nach zweieinhalb Jahren CDU-Politik in Niedersachsen steht fest: Diese Landesregierung verspielt die Zukunft des Landes. Niedersachsen braucht Perspektiven. Dafür steht die SPD-Landtagsfraktion mit ihrer Innenpolitik. Mehr Sicherheit für die Menschen ist auch ohne uneingeschränkte Bespitzelung möglich – und mit sinnvollen Sparen und intensivem Ausschöpfen von Einnahmequellen könnten auch die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden.

 NIEDERSACHSEN BRAUCHT PERSPEKTIVEN.



www.spd-landtag-nds.de

© 1.5.0.4 SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Dr. Konstantin Scholz, Hinrich-Wilhelm-Kämpf-Platz 1, 30159 Hannover

Für alle diese Menschen in Niedersachsen ist nichts besser, sondern vieles nur schlechter geworden. CDU und FDP machen den Menschen etwas vor. Besser wurde es nur für ihre Klientel: für die Gegner der Tarifautonomie, für die Lobby- und In-

Christian Wulff versprach: »Wir werden die Nettokreditaufnahme jedes Jahr um 350 Millionen Euro senken.« In Wirklichkeit wird der Haushalt aber nicht saniert. Die CDU räumt schon jetzt ein, zwischen den Jahren 2003 und 2008 neue Schulden in Höhe von rund 11 Mrd. Euro aufzunehmen zu müssen. Aber dabei trickst sie auch schon wieder. Gleichzeitig werden weitere 1,4 Mrd. Euro in Schattenhaushalten versteckt.

In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« war zu lesen, was diese Landesregierung wirklich ist: der größte Schuldenträger aller Zeiten. Die FAZ hat das ständige Verweise der CDU-Regierung auf die angeblich unsolide Haushaltspolitik der SPD-Vorgängerregierung als das enttarnt, was es ist: ein reines Ablenkungsmanöver. Die SPD hat in ihrer Regierungszeit von 1998 bis 2003 nämlich nur 9,6 Mrd. Euro Schulden aufgenommen.

Bereits bei Regierungsübernahme hat die Landesregierung verkündet, Jahr für Jahr bis 2008 dem Landtag verfassungswidrige Haushalte vorlegen zu wollen. Zumindest dieses Versprechen hat sie bis heute gehalten, auch der Haushalt 2006 ist wieder verfassungswidrig. Noch nie haben ein Ministerpräsident und seine Landesregierung in Niedersachsen so dreist ihre Politik auf Rechts- und Verfassungsbruch aufgebaut.

## Material zur Halbzeitbilanz

In einer Reihe von Flugblättern und Argumentationsleitfäden sowie einer Musterrede stellt die SPD-Fraktion die Halbzeitbilanz dar. Das Material besteht aus:

- einer Musterrede zu allen wesentlichen Politikfeldern des Landes,
- neun Argumentationsleitfäden und dazugehörigen Flugblättern (1. Finanz- und Haushaltspolitik, 2. Hochschul- und Wissenschaftspolitik, 3. Innenpolitik, 4. Justizpolitik, 5. Landwirtschaftspolitik und ländlicher Raum, 6. Schulpolitik, 7. Sozialpolitik, 8. Umweltpolitik und 9. Wirtschaftspolitik).

Abzurufen sind die Materialien im Internet im geschützten Bereich unter <http://www.spd-landtag-nds.de>. Bestellungen der gedruckten Flugblätter (3 Cent/Stück zzgl. Porto) bitte richten an: Thilo Scholz, Tel. 0511/30 30-40 38, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail thilo.scholz@lt.niedersachsen.de.

## SPD kündigt Verfassungsklage gegen Landshaushalt 2006 an

**Wolfgang Jüttner hat eine Verfassungsklage gegen den Haushalt 2006 angekündigt. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion sagte im Parlament:**

»Wir wollen durch das höchste niedersächsische Gericht klären lassen, ob es verfassungsgemäß ist, dass Sie im Bundesrat zusätzliche Einnahmen blockieren, aber gleichzeitig 1,132 Milliarden Euro neue Schulden bei der HanBG aufnehmen lassen, ob es verfassungsgemäß ist, dass Sie trotz steigender Steuereinnahmen Jahr für Jahr einen Haushalt vorlegen, der mehr Schulden als Investitionen enthält.«

Das Mindeste, was man von einer Landesregierung erwarten kann, ist die Verfassung zu respektieren. In Niedersachsen aber ist der Verfassungsbruch zur Routine geworden. Schon zu Beginn seiner Amtszeit hat Christian Wulff erklärt, dass er bis zum Ende der Wahlperiode jedes Jahr einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegen werde. Bis 2008 werden mehr neue Schulden aufgenommen als Investitionen getätigt. Im Haushalt 2006 sollen die neuen Kredite die Investi-

tionen um 858 Millionen übersteigen. Nie zuvor in der Geschichte Niedersachsens ist ein Minister-präsident so dreist mit unserer Verfassung umgegangen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* – wahrlich kein SPD-Kampfblatt - spricht deshalb von den »größten Schuldenmachern aller Zeiten« (FAZ vom 13.04.2005).

Eine Überschreitung der Verfassungsgrenze ist nur ausnahmsweise zulässig, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Deutschland gestört ist. Dies ist aber auch nach Ansicht der Landesregierung nicht mehr der Fall. Der Finanzminister behauptet vielmehr, es gäbe einen »Zielkonflikt« zwischen der Einhaltung der verschuldensgrenze und anderen verfassungsrelevanten Aufgaben des Landes. Die SPD-Fraktion hat den unabhängigen Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages befragt, ob ein solcher »Zielkonflikt« die Landesregierung zu einer



**Dieter Möhrmann,  
finanzpolitischer Sprecher**

überhöhten Kreditaufnahme berechtigt. Dies wurde von den Landtagsjuristen eindeutig abgelehnt. Das heißt: Die hohe Schuldenaufnahme der Landesregierung ist verfassungswidrig und nicht gerechtfertigt. Mit einer Klage vor dem Staatsgerichtshof wird die SPD nun beantragen, die Nichtigkeit des Haushaltsgesetzes festzustellen.

Die SPD-Fraktion hat sich für den Haushalt 2006 auf einiges gefasst gemacht. Denn das Finanzministerium hatte im Mai 2005 erklären müssen, das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung beschere Niedersachsen für 2006 Steuermindereinnahmen in Höhe von sage und schreibe 586 Millionen Euro. Anfang Juli hat die Landesregierung dann die Ergebnisse ihrer »Sparklausur« auf den Tisch gelegt. Überraschenderweise haben sich die finanziellen Sorgen des Landes quasi über Nacht in Wohlgefallen aufgelöst. Von den Ministerien soll ein Einsparbeitrag von gerade einmal 15 Mio. Euro erbracht werden. Diese 15 Mio. werden aber an der falschen Stelle, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Jungendarbeitslosigkeit, eingespart.

Wieso wird nicht entschlossener gespart? In Niedersachsen ist nicht plötzlich der Wohlstand ausgebrochen, aber Deutschland wählte im September einen neuen Bundestag. Es war nun wohl ein denkbar schlechter Zeitpunkt, um notwendige Grausamkeiten in den Haushaltsgesetzentwurf 2006 zu schreiben. Der Bund der Steuerzahler, der vom Finanzminister

### Wolfgang Jüttner auf Sommerreise

Die diesjährige Sommerreise des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion führte Wolfgang Jüttner an die niedersächsische Küste. Das Motto »Wir nehmen den Ball auf« wurde durch Aktivitäten wie Beach Volleyball (siehe Foto), Nordic-Walking und Fußball umgesetzt. Natürlich kamen die politischen Themen nicht zu kurz – die Halbzeitbilanz der CDU/FDP-Landesregierung stand dabei im Mittelpunkt. Wolfgang Jüttner hat in Gesprächen mit der interessierten Öffentlichkeit seine Alternativen zur Regierung Wulff verdeutlicht. Zudem untermauerte er sein Ziel, die Landtagswahl 2008 zu gewinnen und die SPD wieder zur stärksten Kraft im Landtag zu machen.



noch im Mai für seine Vorschläge gelobt wurde, nennt die Eckpunkte des Haushalts 2006 daher auch »überaus enttäuschend« – zu Recht.

Die Landesregierung konnte der Versuchung, zu tricksten und die Lasten vielmehr auf unsere Kinder zu verschieben, nicht widerstehen.

Bis zu 125 Mio. Euro möchte das Land für den Verkauf der Landeskrankenhäuser erzielen. Ein Käufer wird sich aber nur finden, wenn die tariflichen Standards in den Häusern – zumindest mittelfristig – deutlich abgesenkt werden. Die finanziellen Belastungen für den Maßregelvollzug werden aber dauerhaft beim Land verbleiben. Es ist auch nicht auszuschließen, dass ein Investor die teils sehr werthaltigen Krankenhausimmobilien verwertet und unrentable Häuser schließen wird. Das Land deckt seine Haushaltlöcher zu Lasten der Beschäftigten in den Psychiatrien und den betroffenen Kommunen, die nun mit einem auf Gewinnmaximierung

ausgerichteten Investor umgehen müssen. Gleichzeitig verbleiben dauerhaft erhebliche Lasten beim Land.

Es ist auch erstaunlich, dass es der Landesregierung gelungen ist, den Haushalt 2004 trotz Steuerausfällen von 132 Mio. Euro und dem Ausbleiben von 152 Mio. aus dem gescheiterten Verkauf der Domänen an die Klosterkammer nicht mit einem Defizit, sondern vielmehr mit einem Überschuss von 84 Mio. Euro abzuschließen. Dies liegt darin begründet, dass die Nord LB dem Land am 31.12.2004 auf Grund von europarechtlichen Vorgaben 712 Mio. Euro an nachträglicher Verzinsung des Förderkapitals überweisen musste. Diese Zahlung ist vollständig im Landeshaushalt versickert. Die notwendige Stärkung des Nord/LB-Eigenkapitals wird stattdessen von der landeseigenen Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft (Han-BG) übernommen – natürlich kreditfinanziert. Ende 2006 wird die Han-BG damit zusätzliche Schulden in Höhe von 1,132 Mrd. Euro haben.

Als Alternative zur Politik der verdeckten Schulden fordert die SPD seit langem eine entschlossene Politik des Subventionsabbaus. Der Staat muss die Einnahmen erhalten, die er benötigt, um seine Aufgabe für die Allgemeinheit zu erfüllen. Die SPD-Fraktion hat daher in einer ganzen Reihe von Landtagsinitiativen den Subventionsabbau gefordert. Wäre die CDU/FDP-Mehrheit diesen Vorschlägen gefolgt, würde die Haushaltsslage ungleich besser aussehen: Schon 2005 hätten dem Land 99 Mio. zusätzlich zur Verfügung gestanden. In der letzten Phase hätten unsere Vorschläge zu Mehreinnahmen von 520 Mio. Euro geführt – pro Jahr.

Wolfgang Jüttner sagte dazu im Landtag:  
*»Ich weiß, dass es für uns natürlich auch eine Herausforderung ist: Wer dem Staat mehr abverlangt, der muss auch bereit sein, die Einnahmenseite angemessen zu bedienen.«* – Zwischenruf David McAllister, CDU: *»Oh Gott, das ist ja Sozialismus!«*. Hier offenbart sich das neoliberalen Staatsverständnis der Union.

## Hirche muss Zahlen über ›Windfallprofits‹ offen legen Anfrage zur Förderabgabe bekommt neue Aktualität

**Die von den Ölkonzernen dramatisch angehobenen Benzinpreise hat der SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Aller im Landtag zum Thema gemacht. »Das Land Niedersachsen ist in der Diskussion um die Preisgestaltung beim Rohöl über die Förderabgabe direkt betroffen«, erklärte der frühere Finanzminister. Er wolle, dass Wirtschaftsminister Hirche sich endlich öffentlich zu der aktuellen Situation äußere.**

Bereits Anfang August hatte der SPD-Politiker in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung die Auswirkungen der Preisentwicklung auf die Höhe der Förderabgabe thematisiert. Seinerzeit hatte das Wirtschaftsministerium die Entwicklung in Medienberichten bagatellisiert, ohne näher auf die Anfrage des Abgeordneten einzugehen. Das Thema »Windfallprofits« sei vom Hirche-Ministerium völlig ausgespart worden. Dabei geht es um Profite, die den Konzernen aufgrund der Marktlage gewissermaßen in den Schoß fallen, ohne dass dem entsprechende Investitionen gegenüberstehen. In den Haushalten 2004 hatte das Land eine Bruttoeinnahme in Höhe von 336 Millionen Euro verzeichnet. Trotz massiver Steigerung der Rohölpreise in 2005 schlagen für das laufende Jahr nur 385 Millionen Euro zu Bu-

che. Für 2006 ist keine erhöhte Einnahme kalkuliert.

Aller verwies auf das komplizierte Verfahren zur Berechnung und Festsetzung der Förderabgabe. Die Experten müssten jetzt schleunigst ihre Zahlen offen legen und erklären, in welchem Umfang über den Ölpreis der Gaspreis und die Förderabgabe beeinflusst würden. Auf keinen Fall könne jedoch zugelassen werden, dass Konzerne im Schatten der weltweiten Preistreiberei beim Erdöl in Deutschland ungerechtfertigte Rekordgewinne einstreichen.

»Ich will nicht akzeptieren«, so Aller, »dass die Konzerne jede Katastrophe nutzen, um an den Tanksäulen über Benzinpreiserhöhungen abzuzocken und die Landesregierung ihren Aufgaben nicht



Heiner Aller, Finanzexperte

nachkommt.« Die Kalkulation der Einnahmen aus der Förderabgabe für den Haushalt 2006 und die Mipla gäben Aufschluss, wie die zuständigen Ministerien für Finanzen und Wirtschaft mit der aktuellen Lage umgehen. Deshalb soll die Landesregierung dazu berichten, fordert Aller.

## Landesregierung trifft Mitschuld am Pleitenboom in Niedersachsen

### Niedrigste Investitionsquote und KFA-Kürzungen drosseln öffentliche Nachfrage am Bau

**Der Pleitenboom in Niedersachsen ist auch auf die Politik der Landesregierung zurückzuführen. Mit einer Investitionsquote von nur 7,2 Prozent und der massiven Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) um 150 Millionen Euro habe die Regierung Wulff vor allem auf dem Baubereich der öffentlichen Nachfrage einen schweren Schlag versetzt. Es sei kein Wunder, dass bei insgesamt 1.701 Unternehmensinsolvenzen nach Angaben des Landesamtes für Statistik allein 393 der Baubranche zuzurechnen seien. Das sind vier Prozent mehr als im Vorjahr.**

Der Frontalangriff der CDU mit dem Thema Pleiten auf Wahlplakaten gerate angesichts der aktuellen Zahlen und Fakten zu einem »klassischen Politik-Selbsttor« der CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Aller.

Die Vergleichszahlen mit anderen Bundesländern machen deutlich, dass die Pleiten in Niedersachsen um fast 11 Prozent höher liegen als im Vorjahr. Während in Deutschland die Zahl der Insolvenzen sogar rückläufig ist, steht Niedersachsen im Bundesvergleich deutlich schlechter da. »Die Zahlen, die gegen die Politik der Landesregierung sprechen, sind eindeutig«, kritisiert der SPD-Politiker die Landesregierung: »In Niedersachsen 11 Prozent

mehr Pleiten im ersten Halbjahr und bundesweit 5 Prozent weniger, das ist eine miese Bilanz. Hinter diesem Trend stecken hausgemachte Gründe.«

Aller hat kein Verständnis dafür, dass nach Presseberichten das Landesamt für Statistik bestätigt: »Bei uns läuft es schlechter als bundesweit«, gleichzeitig aber erklärt, dass das Amt keine Ursachen dafür benennen könne. Allein die dramatischen Zahlen für die Baubranche müssten die Experten eigentlich neugierig machen, meint der frühere niedersächsische Finanzminister Aller. Mit einer kleinen Anfrage im Landtag will der SPD-Politiker den »Offenen Fragen für den Pleitenboom« in Niedersachsen auf den Grund gehen.

Dabei werde sicherlich klar, dass die mangelflache Investitionsquote des Landes, das Aussetzen der Städtebauförderung und der mit 150 Millionen Euro heftige Griff in die kommunalen Kassen nicht ohne Wirkung geblieben sind. Die Minister Hirsche und Möllring hätten die Investitionen gegen den Rat aller Experten massiv zurückgefahren. Dass die CDU im Bundestagwahlkampf in Niedersachsen das Thema »Pleiten« plakatierte, sei schon ein Ding aus dem Tollhaus.

»Die Baubranche hat in Niedersachsen eine Schlüsselrolle. Ich warne deshalb die Landesregierung, den bisherigen Kurs auch im Haushalt 2006 fortzusetzen« kommentierte Aller die aktuellen Zahlen.

## Von parlamentarischen Lichtgestalten und verglühenden Sternschnuppen Verfassungsgerichte stoppen Wulffs Allmachtfantasien

**In den Antrittsreden im Landtag traten die Mitglieder der CDU-Fraktionsführung wie Lichtgestalten des Parlamentarismus auf. Sternstunden demokratischen Umganges miteinander wurden angekündigt. Faire Regeln des politischen Handelns sollten einführt werden. David McAllister kündigte an: »Deshalb machen wir als Mehrheit in diesem Haus den anderen 77 Abgeordneten das Angebot zu einer konstruktiven Zusammenarbeit.«**

Inzwischen sind diese Sternschnuppen in der Atmosphäre der Allmachtfantasien des Ministerpräsidenten verglüht. Rasch wurde klar: Die CDU hält nicht viel von parlamentarischen Geflogenheiten wenn es darum geht, Niedersachsen zu einem CDU-Land umzuformen. Gesetze wurden durchgepeitscht – die Argumente der Opposition beiseite geschoben und Ruck-Zuck das geändert, was nicht ins parteipolitische Raster passt.

Aber die Verfassungsgerichte verstehen mehr von Demokratie und Legalität als die »bürgerlichen Parteien«.

- Am 27. 7. 2005 entschied das Bundesverfassungsgericht: Die Überwachung der Telefone von unbescholtene Bürgerinnen und Bürgern in der Novelle des Nds. Polizeigesetzes ist unvereinbar mit dem Grundgesetz. Schünemanns Gesetz ist nichtig.

- Am 6. 9. 2005 entschied der Staatsgerichtshof in Sachen Mediengesetz in vollem Umfang für die Klage der SPD. Die eng gezogenen Grenzen bei der finanziellen Beteiligung von Parteien an Rundfunksendern sind weder mit dem Grundgesetz noch mit der Nds. Verfassung vereinbar. Sie sind nichtig.

Zwei Urteile, zwei Lehrstunden in Sachen Demokratie. In beiden Fällen hat die Regierung Wulff Verfassungsrecht missachtet!

Beim Polizeigesetz wurde aus dem Justizministerium gewarnt: Das Gesetz sei verfassungsrechtlich bedenklich. Die SPD-Fraktion war der gleichen Meinung. Doch die Ministerin und der Jurist Wulff ignorierten beides. – Beim Mediengesetz war es nicht anders. Die Beratungen wurden im Schnelldurchgang durchgezogen,

massive Einwände des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Landtages ignoriert. Auch hier tat sich die Justizministerin nicht gerade als Verfassungsministerin hervor. In ihrer Landtagsrede sagte sie: »Insgesamt bleiben damit keine Zweifel an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der vorgeschlagenen Beschränkung der mittelbaren Beteiligung von Parteien an Rundfunkanstalten.«

Selbstgefällig trat bei den Beratungen ein ganz anderer McAllister auf – gewissermaßen ohne Maske. »So ist das mit der Politik der neuen Mehrheit hier im Hause: Zuerst gibt es die klare politische Ansage, dann die Problemanalyse, und jetzt wird konsequent umgesetzt.« Vorbei war es mit dem angekündigten neuen Stil. Es ging schließlich darum, der SPD wirtschaftlich zu schaden. Da konnte keine Rücksicht genommen werden.

Beim Vorsitzenden des »kleinen« Koalitionspartners, Herrn Rösler, setzt die von ihm so oft beschworene Qualifikation der »Weitsicht« erst nach Gerichtsentscheidungen ein. Vorher hatte die FDP kritiklos die Gesetze mitgetragen. Hinterher sah sie sich in ihren Zweifeln bestätigt. Dies ist wirklich kein Ruhmesblatt.

Gleichzeitig macht die Regierungskoalition weiter mit ihren Gesetzen in den Grauzonen des Verfassungsrechtes.

- Bei der Anhörung zum Datenschutzbeauftragten sind europarechtliche Einwände gegen die Pläne des Innenministers deutlich geworden. Das lässt sie kalt.

- Der Finanzminister legt auch für 2006 wieder einen verfassungswidrigen Haushaltsentwurf vor. Die SPD-Fraktion wird auch weiterhin ein Auge darauf haben und nötigenfalls wieder vor das Gericht ziehen. Anders sind die Regierungskoalition und Herr Wulff offenbar nicht zu stoppen.

## Vorbeugende Telefonüberwachung verfassungswidrig

**Mit Urteil vom 27. Juli 2005 hat das Bundesverfassungsgericht die vorbeugende Telefonüberwachung im niedersächsischen Polizeigesetz für verfassungswidrig und nichtig erklärt.**

Damit ist ein zentrales Vorhaben der CDU/FDP-Landesregierung geradezu kläglich gescheitert. »Leider – das zeigt auch das Urteil des Staatsgerichtshofs zum Mediengesetz – lassen weder Union noch Liberale den nötigen Respekt vor der Verfassung erkennen«, sagte SPD-Innenexperte Heiner Bartling.

Als »Beleg für erschreckende fachliche Defizite des amtierenden Innenministers« bezeichnete Heiner Bartling die Ankündigung, die Landesregierung wolle trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts an der präventiven Telefonüberwachung festhalten.

»Wir haben gerade im Bereich der Terrorismusbekämpfung, aber auch bei der organisierten Kriminalität eine sehr weit

ins Vorfeld verlagerte Strafbarkeit. Es ist deshalb bei Verdacht auf solche Straftaten selbstverständlich auch heute schon möglich, Telefone zu überwachen, um etwa terroristische Anschläge zu verhindern. Ich halte es daher für falsch, die Leute zu verunsichern, indem der CDU-Innenminister ein in Wahrheit nicht vorhandenes Regelungsdefizit behauptet«, erklärte Heiner Bartling. »Ein Gesetz, dass keiner braucht, kann keine zusätzliche Sicherheit schaffen. Anstatt die Öffentlichkeit zu verunsichern, sollte Herr Schünemann schleunigst eine Nachhilfestunde bei den hervorragend arbeitenden niedersächsischen Strafverfolgungsexperten nehmen«, sagte Bartling. »Diese hatten schon im Vorfeld des jetzt für nichtig erklärteten Gesetzes unisono auf die Überflüssigkeit des vorbeugenden Lauschens hingewiesen.«



**Heiner Bartling,  
innenpolitischer Sprecher**

## Sommerreise der Umweltpolitiker im Zeichen der Energiewende

**Erstmals führte der Arbeitskreis Umwelt- und Energiepolitik in diesem Jahr eine Sommerreise durch. Höhepunkte dieser Reise waren Veranstaltungen im August in Emden und in Salzgitter.**

Hermann Scheer (MdB), Wolfgang Jüttner, Aloys Wobben (enercon), Garrelt Duin (MdEP), Sigmar Gabriel und Helmut Jäger (Solvis GmbH) diskutieren auf hohem fachlichen Niveau über die Chancen einer konsequenten Energiewende.

Daneben standen der Besuch des Schacht Asse II und der Firma Solvis in Braunschweig auf dem Programm der Umweltpolitiker. Zentrales Thema der Reise: die Energiepolitik.

Steigende Preise für Benzin und Öl, Naturkatastrophen und politische Unruhen in Krisengebieten. - Gründe gibt es zahlreiche, um die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleitete Energiewende zu unterstützen und alternative Energiequellen zu nutzen. Weg vom Öl und Vorfahrt

für Sonne, Wind, Wasser und Biomasse – so muss es in Zukunft heißen.

Niedersachsen ist in besonderer Weise von der zukünftigen Energiepolitik betroffen. Mit den geplanten Endlagerstandorten Gorleben und Schacht Konrad sowie dem faktischen Endlager Asse II soll unser Land die Entsorgungslasten der Atomkraft allein tragen. Aber CDU und FDP wollen noch draussetten und die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern. - Also mehr Atommüll nach Niedersachsen importieren.

Die Alternativen liegen in Niedersachsen auf der Hand. Firmen wie enercon und Solvis beweisen täglich, dass die erneuerbaren Energien nicht nur dem Klimaschutz dienen, sondern auch noch Ar-

beitsplätze schaffen. Enercon hat mit seinen Windkraftanlagen einen Exportschlager. Beide Unternehmen arbeiten eng mit Wissenschaft und Forschung zusammen und fördern technische Innovationen.

»Eines ist mehr als deutlich geworden: Niedersachsen ist mit seinem Schwerpunkt im Bereich erneuerbare Energien sehr gut aufgestellt. Wenn wir nun zusätzlich die nachwachsenden Rohstoffe verstärkt nutzen, profitiert auch unsere heimische Land- und Forstwirtschaft davon«, zieht Hans-Dieter Haase, umweltpolitischer Sprecher, sein Fazit. »Wir haben viel erfahren auf dieser Sommerreise. Wir wollen dies in unserer politischen Arbeit umsetzen und für die erneuerbaren Energien kämpfen.«

## SPD gegen den Verkauf der Landeskrankenhäuser

**Im Haushaltplanentwurf für das Jahr 2006 bereitet die CDU-Landesregierung einen erneuten Wortbruch vor. Sie will die Landeskrankenhäuser (LKH) an private Betreiber verkaufen.**

Noch Anfang 2003 – damals in der Opposition – hatte dies der damalige Oppositionsführer Christian Wulff vehement abgelehnt. An die Regierung gekommen versprach die neue Sozialministerin ebenfalls: Einen solchen Verkauf wird es nicht geben.

Jetzt sieht dies ganz anders aus. Im Haushalt für das nächste Jahr sind ca. 100 Mio. Euro aus dem Verkauf als Deckungsmittel eingestellt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte schon gegenüber der früheren, von ihr getragenen Regierung Gabriel mit guten Argumenten die damals ebenfalls erwogene Veräußerung verhindert. Sie bleibt auch jetzt bei ihrer Position. Der Verkauf ist

- **unwirtschaftlich**, weil der Preis viel zu niedrig angesetzt ist (eine Fachklinik kostet ca. 40 Mio. Euro, die Landesregierung versucht jedoch nur 100–120 Mio. Euro durch den Verkauf der 10 Krankenhäuser zu erzielen) und weil das Land auch nach dem Verkauf über die Krankenhausfinanzierung noch Zuschüsse zahlen muss.
- **arbeitnehmerfeindlich**, weil bei einem privaten Betreiber die Tarife der Angestellten mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr an den Bundesangestellentarif (BAT) gebunden sind,
- **qualitätsmindernd**, weil private Betreiber sicher eher ihre Rendite im Blick haben als die Qualität der Behandlung,



**Uwe Schwarz,  
sozialpolitischer Sprecher**

Am **21. November 2005** führt die Fraktion ein Experten-Symposion zum geplanten Verkauf durch, mit dem wir den Verkauf von den verschiedenen Aspekten her beleuchten wollen.

Dazu haben eingeladen: Dr. Heinz Thörmer vom Nds. Landesrechnungshof, Dr. Martin Schott, ärztlicher Direktor des Nds. LKH Moringen, Prof. Dr. J.-H. Mauthe, Mitglied des Landesfachbeirates Psychiatrie, Enriqueta Fobbe, Fachgruppenleiterin psychiatrische Einrichtungen vom Ver.di-Bundesvorstand, Prof. Dr. Jörg-Martin Jehle, Prof. für Strafrecht aus Göttingen und PD Dr. med. L. Adler, ärztlicher Direktor und Geschäftsführer des Ökumenischen Hainich Klinikum gGmbH aus Mühlhausen.

Weitere Informationen und/oder Anmeldungen bei:  
Renate Mölitz, Tel. 0511/30 30-40 08, E-Mail: renate.moelitz@lt.niedersachsen.de

- **gefährlich**, weil im Maßregelvollzug in Zukunft psychisch kranke Straftägige, wie z. B. Vergewaltiger, von privatem Sicherheitspersonal beaufsichtigt werden.

Dies ist nicht allein die Ansicht der SPD-Fraktion, viele Experten haben sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Deshalb werden wir gemeinsam mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Interessenvertretungen alles tun, um diese Transaktion zu verhindern.

## Spielbankskandal in Hannover

### Verluste und Versäumnisse des CDU-Finanzministers größer als bislang bekannt

»Der CDU-Finanzminister hat einräumen müssen, dass die Manipulationen im Automatensaal der Spielbank Hannover länger angedauert und einen größeren Schaden verursacht haben, als er bislang bekannt gegeben hatte«. Mit diesen Worten fasste der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Heiner Bartling das Ergebnis einer von der SPD auf die Tagesordnung des Landtages gesetzten Dringlichen Anfrage zusammen. Der Gesamtschaden beträgt nicht wie zunächst angegeben nur 41.000, sondern 270.000 Euro.

Der Betrug war bereits seit Juni 2004 im Gang und konnte, da er im Zusammenwirken mit dem zuständigen Mitarbeiter der Finanzaufsicht erfolgte, über einen langen Zeitraum unentdeckt bleiben. Seit vielen Jahren wird darauf hingewiesen, dass zur Verhinderung von Manipulationen in Spielbanken eine regelmäßige Rotation in der Finanzaufsicht unverzichtbar ist. Ein Finanzamtsmitarbeiter, der viele Jahre tagein tagaus bei jeder Auszahlung in der Spielbank anwesend ist, gerät in die Gefahr, Geschmack am großen Geld zu finden. »Obwohl Herr Möllring diese Schwachstelle seiner Finanzaufsicht kannte, hat er es sehenden Auges unterlassen, rechtzeitig strukturelle Verbesserungen an dieser Stelle vorzunehmen«, erklärte Heiner Bartling.

## Busemann beschimpft ältere Lehrkräfte »Politikmüll« im Kopf und keinen Spaß am Job«

**Kultusminister Busemann macht schon seit geraumer Zeit Politik auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer. Jetzt beschimpft er sie auch noch.**

Hintergrund ist ein Artikel der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 30.8.2005. In diesem wird über einen Besuch des Kultusministers bei einer Tischlerei in Osnabrück-Eversburg berichtet. Am Ende des Beitrags heißt es wörtlich: »Dabei setzt der Kultusminister ganz auf die jüngeren Lehrer, die im Gegensatz zu ihren älteren Kollegen offener für Innovationen seien. Die nächste Lehrergeneration habe „keinen Politikmüll im Kopf und Spaß am Job.“«

Es ist eine Unverschämtheit, dass Minister Busemann den älteren Lehrkräften pauschal Motivationsdefizite und Innovationsfeindlichkeit unterstellt. Schließlich ist er Dienstherr der Lehrerinnen und Lehrer und für die sich stetig verschlechternden Arbeitsbedingungen an den Schulen verantwortlich. Und wenn Herr Busemann »Politikmüll« in den Köpfen älterer Lehrer diagnostiziert ist das schlicht ein Skandal.

Claus Peter Poppe hatte sich daraufhin mit einer Anfrage nach den Hintergründen erkundigt. In der Antwort des Ministeriums heißt es nun, es bestehe »kein Anlass etwas zurückzunehmen«. »Ich finde es peinlich, dass Herr Busemann sich auf formalogische Spielereien zurückzieht statt klipp und klar seinen Ausfall zu bedauern«, so Poppe. »Allein der Begriff ‚Politikmüll‘ ist eines für die politische Bildung zuständigen Ministers unwürdig.«

Poppe verwies darauf, dass Lehrerbeschimpfungen bei Minister Busemann kein Einzelfall sind. So habe der Minister während der Landtagsdebatte am vergangenen Freitag erneut behauptet, für 80 Prozent des Unterrichtsausfalls an niedersächsischen Schulen seien die Schulleitungen vor Ort verantwortlich. »Das ist schon eine tolle Nummer: Das Land schickt den Schulen nicht genügend Lehrer. Und wenn die Schulen Probleme bei der Verwaltung



**Claus Peter Poppe, MdL**

des Mangels haben, dann gibt es einen Rüffel von oben!«, so Poppe und kündigte eine Anfrage im Landtag zu dem Sachverhalt an.

## Ganztagschulen: Busemanns Mittelvergabe ist chaotisch

**Allen Beteuerungen des Kultusministers Bernd Busemann und der Regierungsfraktionen zum Trotz: Die Schieflagen bei der Vergabe der Ganztagschulmittel, die schon Anlass zu scharfer Kritik waren, konnten nicht geklärt werden. Vielmehr wurden sie Punkt für Punkt bestätigt:**

- Die Vergabe erfolgte nicht nach durchschaubaren Kriterien. Die Änderung der Vergabepraxis 2005 war den Schulen bei Antragstellung nicht bekannt und wurde ihnen auch nicht mitgeteilt. Außerdem handelte das Ministerium bei der Zuordnung von Schulen zur höchsten Förderpriorität im Widerspruch zu den eigenen Richtlinien. Peinlich: Mehrere Ausschussmitglieder der Regierungsfraktionen kannten diese Richtlinien nicht einmal.
- Das Ministerium war auf die Vielzahl der Anträge nicht eingerichtet, hatte dafür kein Konzept und musste mehrfach »nachsteuern«. Dies bedeutete, die Vergabebedingungen im laufenden Prozess zu ändern, was zu erheblichen Ungerechtigkeiten führte.
- Die Niedersächsischen Internatsgymnasien wurden »außer der Reihe«, also

ohne Berücksichtigung der Vergaberichtlinien vorab bedient. Zwar ist den Internatsgymnasien das Geld zu gönnen, aber es geht um Gleichbehandlung aller Schulen. Andere Gymnasien mit mindestens ebenso guten Konzepten gingen leer aus.

- Durch die Einstufung der »Ganztagschule light« in die höchste Förderkategorie kommt es in einigen Kreisen zu auffälligen Häufungen. Nach bisheriger Planung fließen alleine bis zum Kommunalwahljahr 2006 in den CDU-regierten Landkreis Emsland über 35 Mio. Euro.

Dies alles sind nach der Sitzung des Kultusausschusses nicht mehr Vermutungen, sondern Fakten.

Die SPD-Fraktion hat in der Sitzung Unterlagen angefordert, wird diese prüfen



**Ingrid Eckel,  
schulpolitische Sprecherin**

und daraus Forderungen ableiten. Die erste aber kann schon jetzt genannt werden: Der Minister muss sich endlich an die eigenen Richtlinien halten, und zwar in allen Fällen.

## Busemann ignoriert 160.000 Eltern-Unterschriften

Die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung ist ein voller Erfolg.

CDU und FDP hatten Ende 2003 im Landtag die Abschaffung der Lernmittelfreiheit durchgesetzt. Damit kommen auf die Eltern pro Kind und Jahr Kosten zwischen 100 und 250 Euro zu. Dagegen stand im Wahlprogramm der CDU: »Die Zukunftschancen der jungen Generation dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.«

Der Erfolg der Volksinitiative zeigt, dass die Abschaffung der Lernmittelfreiheit von den Eltern in Niedersachsen nicht akzeptiert wird. Busemann nimmt dieses überhaupt nicht zur Kenntnis. Wie geht's jetzt weiter? Am 23.9.2005 hört der Kultusausschuss die Vertreter der Volksinitiative an. Die SPD wird die Volksinitiative weiterhin unterstützen. Wir meinen:

- Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit ist unsozial!
- Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit benachteiligt Familien mit vielen Kindern!
- Mit der Abschaffung der Lernmittelfreiheit wird Bildung wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig!

## Hirche muss gegen den Maut-Ausweichverkehr vorgehen

**Gerd Will hat Verkehrsminister Hirche aufgefordert, endlich die Möglichkeiten der Straßenverkehrsordnung zu nutzen, um gegen den Maut-Ausweichverkehr vorzugehen.**

Seit der erfolgreichen Einführung der Lkw-Maut werden zunehmend Bundes- und Landesstraßen als Mautausweichrouten missbraucht. Immer mehr Anwohner protestieren daher gegen die Lärmbelästigungen und gegen die Gefährdung der Verkehrssicherheit durch das Anschwellen des Schwerlastverkehrs vor ihrer Haustür.

Bereits 2003 wurden 1.300 Dauerzählstellen eingerichtet, um mithilfe von Vorher-Nachher-Vergleichen die Verkehrsverlagerungen festzuhalten. Im Herbst 2005 werden aussagekräftige Ergebnisse vorliegen. Die Einbeziehung von Bundesstraßenabschnitten in das Lkw-Mautsystem wird daher frühestens Anfang 2006 möglich sein. Bis dahin ist es Aufgabe der Länder, die Mautflucht auf Bundesstraßen einzuschränken.

Nach der Straßenverkehrsordnung stehen den Ländern hierzu Geschwindigkeitsbe-

grenzungen für Lkw-Verkehre, Nachfahrverbote und Umleitungen des Schwerlastkraftverkehrs auf geeignete Ausweichstrecken zur Verfügung. Dies kann bereits kurzfristig zu einer deutlichen Entlastung der Ausweichstrecken führen. Länder wie Rheinland-Pfalz, Hessen und Sachsen nutzen die bestehenden Möglichkeiten bereits, um Bundesstraßen für den Lkw-Durchgangsverkehr zu sperren. Niedersachsen ist bei der Umsetzung noch zu viel zu zögerlich.

Gerd Will: »Der Bund hat also alles getan, um kurzfristig gegen die Verlagerung der Lkw-Verkehre auf Bundesstraßen vorzugehen. Es ist nun Sache der Länder, also bei uns die Angelegenheit von Herrn Hirche, das Notwendige umgehend zu veranlassen.«

Hierbei darf sich das Land nicht aus der Verantwortung stehlen und nur den örtli-



**Gerd Will, MdL**

chen Straßenverkehrsbehörden den schwarzen Peter zuschieben, sondern muss selbst handeln. Das Land muss sich endlich seiner Verantwortung stellen.

## Impressum

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

**V.i.S.d.P.:**  
Dr. Cornelius Schley  
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

### Redaktion:

Tobias Dünow  
(E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)  
Thilo Scholz  
(E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

### Layout und Satz:

Andreas Schneider  
(E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

## Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite [www.spd-landtagsnds.de](http://www.spd-landtagsnds.de) mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz ([thilo.scholz@lt.niedersachsen.de](mailto:thilo.scholz@lt.niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

## Termine

Dienstag, 27.09.2005, 12:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Niedersächsischer Landtag – Restaurant Leineschloss

Dienstag, 27.09.2005, 14:00 Uhr

Fraktionssitzung

Niedersächsischer Landtag – Raum 122

Dienstag, 04.10.2005, 12:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Niedersächsischer Landtag – Restaurant Leineschloss

Dienstag, 04.10.2005, 15:00 Uhr

Fraktionssitzung

Niedersächsischer Landtag – Raum 122

Mittwoch, 05.10. bis Freitag, 07.10.2005

Landtagsplenum

Dienstag, 11.10.2005, 12:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Niedersächsischer Landtag – Restaurant Leineschloss

Montag, 21.11.2005

Symposium zum geplanten Verkauf der Landeskrankenhäuser (siehe S. 7)



Das Spätsommerfest der SPD-Fraktion besuchten rund 300 Gäste aus Politik, Verbänden und Gesellschaft. Das Bild zeigt Hauke Jagau (Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten von Hannover), Gabriele Andretta (MdL) und Wolfgang Jüttner (Fraktionsvorsitzender, v.l.n.r.).